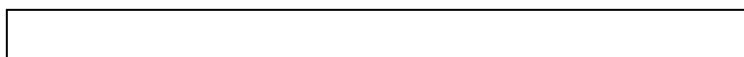


Presseerklärung des Sicherheitsrats zu Südsudan (nach dem 12. November)

NEW YORK, 22. November 2019 Die Mitglieder des Sicherheitsrats nahmen davon Kenntnis, dass die Parteien des Neulebten Abkommens über die Beilegung des Konflikts

19-20287 (G)



hat, rasch auf die Operationalisierung aller Mechanismen für die Unrechtsaufarbeitung, einschließlich des Hybriden Gerichtshof für Südsudan, hinzuarbeiten.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats sprachen der Führung der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung ihren Dank dafür aus, dass sie den Friedensprozess für Südsudan vorangebracht hat, und sie begrüßten die Entschlossenheit und die Anstrengungen der Behörde, ihrer Mitgliedstaaten und der Garanten des Abkommens, auch weiterhin mit südsudanesischen Führungspersönlichkeiten zusammenzuwirken, um die friedliche Bildung einer Neubelebten Übergangsregierung der nationalen Einheit zu gewährleisten.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekundeten der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung Unterstützung bei ihren Anstrengungen, einen Fahrplan und einen Durchführungsplan aufzustellen, um den fristgerechten Abschluss der noch unerledigten übergangsvorbereitenden Aufgaben zu gewährleisten.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekräftigten ihre Aufforderung an die Zwischenstaatliche Behörde für Entwicklung, sich als eine wichtige vertrauensbildende Maßnahme zur Förderung der Bildung einer Neubelebten Übergangsregierung der nationalen Einheit weiter mit dem Status von Dr. Riek Machar zu befassen.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats würdigten erneut die wesentliche Unterstützerrolle der Mission der Vereinten Nationen in Südsudan (UNMISS), des Mechanismus zur Überwachung und Verifikation der Waffenruhe und der Einhaltung der Übergangs-Sicherheitsbestimmungen und der Rekonstituierten Gemeinsamen Überwachungs- und Evaluierungskommission bei der Durchführung des Abkommens und forderten die Regierung der Republik Südsudan und die Oppositionsgruppen auf, die Tätigkeit der UNMISS und des Überwachungs- und Verifikationsmechanismus nicht länger zu behindern.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekundeten ihre Besorgnis über die verheerende humanitäre Lage, die durch die schweren Überschwemmungen noch verschlimmert wurde, sowie über die menschenrechtliche und die wirtschaftliche Lage in Südsudan und forderten alle Parteien des Abkommens und alle bewaffneten Gruppen in Südsudan auf, alle Akte sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt sowie die Einziehung und den Einsatz von Kindersoldaten, die Tötung und Verstümmelung von Kindern und die sexuelle Gewalt gegenüber Kindern zu beenden und alle bislang eingezogenen Kinder freizulassen.

Der Sicherheitsrat erinnerte an seine Resolution [2222 \(2015\)](#) über den Schutz von Journalistinnen und Journalisten und bekräftigte, dass die Arbeit freier, unabhängiger und unparteiischer Medien eine der wesentlichen Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft darstellt und damit zum Schutz von Zivilpersonen beitragen kann.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats betonten, dass für Handlungen, die den Frieden, die Sicherheit oder die Stabilität Südsudans bedrohen, Sanktionen nach den Resolutionen [2206 \(2015\)](#), [2290 \(2016\)](#), [2353 \(2017\)](#), [2428 \(2018\)](#) und [2471 \(2019\)](#) verhängt werden können.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats erklärten erneut ihre Unterstützung für das Volk Südsudans und bekräftigten ihr nachdrückliches Bekenntnis zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und nationalen Einheit der Republik Südsudan.